

## Schleswig-Holstein / Hamburg

## Nachrichten

## 15-Jähriger baut Auto-Unfall

**HAMBURG** Auf der Flucht vor der Polizei hat ein 15 Jahre alter Autofahrer mit einem Leihauto in Hamburg-Bahrenfeld einen schweren Unfall verursacht. Der Jugendliche sei mit einem Wagen eines Car-Sharing-Unternehmens von der A7-Abfahrt Volkspark kommend über eine rote Ampel gefahren, teilte die Polizei mit. Ein Beamter auf einem Motorrad musste stark abbremsen, um einen Zusammenstoß zu verhindern. Der Polizist nahm die Verfolgung auf, während der Junge Gas gab. Wenig später sei der 15-Jährige mit überhöhter Geschwindigkeit in den Gegenverkehr gefahren und mit einem anderen Auto zusammengestoßen. Die 22 Jahre alte Fahrerin des anderen Wagens wurde dabei schwer verletzt. Der 15-Jährige und zwei Mitfahrer im Alter von 14 und 15 Jahren erlitten nur leichte Verletzungen. Die Polizei nahm sie nach einer medizinischen Versorgung mit aufs Revier und übergab sie dann den Eltern. *lno*

## Verpuffung – ein Schwerverletzter

**HAMBURG** Bei Schweißarbeiten in einer Werkstatt in Hamburg-Billbrook ist es am Mittwochabend zu einer Verpuffung gekommen, bei der ein Mann schwere Brandverletzungen erlitten hat. Der 60-Jährige wurde in eine Spezialklinik gebracht und schwebt in Lebensgefahr, wie die Polizei mitteilte. Durch die Verpuffung geriet die Werkstatt in Brand. Die Unfallursache blieb zunächst unklar. Die Polizei vermutet aber, dass es bei den Schweißarbeiten einen Defekt an einer Gasflasche gab. *lno*



## Baby-Elefant „Santosh“ tobt draußen

**HAMBURG** Der kleine Elefant „Santosh“ (Foto) aus dem Tierpark Hagenbeck hat sich gestern zum ersten Mal in der Außenanlage des Geheges gezeigt. Gemeinsam mit Mutter **Lai-Sinh** (Foto) und dem Rest seiner Herde spielte er im Freien. Dabei lernte der sieben Wochen alte Elefant zum ersten Mal auch den Weg von der Freilaufhalle in das Außengehege und zurück. Die Tierpfleger entscheiden jeden Tag neu, ob und wie lange die Elefanten ins Freigehege dürfen. *lno*

## Verlierer unter den Gewinnern

Hartz IV kassiert trotz 50 000 Euro Prämie: Elf Monate Gefängnis auf Bewährung für den „Biggest Loser“-Sieger von 2015

Von Tim Dietrich

**HAMBURG** Erst war er der beste Verlierer lästiger Pfunde, dann der Gewinner unter den abgespeckten Verlierern – jetzt ist Stefan P. Verlierer unter den Gewinnern der bislang zehn „Biggest Loser“-Staffeln auf ProSieben, Kabel eins und Sat1: Der 48-Jährige ist gestern vor dem Amtsgericht Barmbek zu elf Monaten Gefängnis auf Bewährung und Rückzahlung zu Unrecht erhaltener Hartz-IV-Zahlungen vom Jobcenter verurteilt worden.

Diese haben sich seit Ende 2014 auf 20 453 Euro summiert: Seitdem hatte der geständige Rahlstedter schon insgesamt 1600 Euro Aufwandsentschädigung für die Abspeck-Rallye in Andalusien erhalten. Dann kassierte er als Sieger 2015 mit nur noch 78 Kilogramm auf den Rippen

satte 50 000 Euro Ende Mai. Das hatte er bereits seit der am 20. April 2015 aufgezeichneten Finalrunde gewusst und seinem Jobcenter ebenfalls nicht mitgeteilt, gestand Stefan P. gestern mit großem Bedauern, aber durchaus gefasst vor der nahezu komplett versammelten Hamburger Medienlandschaft.

Ihm hätte doch klar sein müssen, dass dieser Betrug quasi vor laufenden Kameras auffliegen musste, bohrte der Vorsitzende Richter Braun nach. Dafür hatte der mittlerweile gut 90 Kilogramm schwere Angeklagte eigentlich keine plausible Erklärung: „Es war wie im Delirium, mit dem Gewinn hatte ich komplett den Bezug zur Realität verloren“, erklärte der geschiedene Vater zweier Kinder. Das Geld und der Rummel um seine Person habe ihn komplett überwältigt.

Der Gewinn sei innerhalb weniger Monate weg gewesen, vor allem aus drei Gründen: Eigene Schulden wurden beglichen, einem Freund ein größerer Betrag geliehen, und dann sei er in kürzester Zeit spielsüchtig geworden. Spätestens nachdem sein Freund im September gestorben war, sei er wieder auf dem Boden der Tatsachen gewesen – und

mittellos. „Ich bitte um Entschuldigung“, sagte der zeitweilig als Fischcaterer tätige Stefan P. mit fester Stimme kurz vor der Urteilsverkündung. Anwalt Ozan Öztop verwies darauf, dass sein Mandant voll geständig und durch das öffentliche Stigma schon erheblich gestraft sei. Dies akzeptierte Richter Braun als mildernde Umstän-

de, ansonsten schloss er sich der Argumentation der Staatsanwältin an: Juristisch sei der Fall als „gewerbsmäßiger Betrug“ zu werten, weil vorsätzlich und über einen längeren Zeitraum angelegt. Glück für Stefan P.: Obwohl er schon zweimal beim Fahren ohne Führerschein erwischt wurde, war er bei der gestrigen Urteilsverkündung noch nicht vorbestraft.

Die auferlegte Rückzahlung der zu Unrecht erhaltenen 20 453 Euro müsste Stefan P. nun eigentlich mit Abzügen von seinen zurzeit 612 Euro Stütze monatlich abtrottern. Dagegen hat Anwalt Öztop allerdings Beschwerde eingelegt.

Verlierer unter den Gewinnern wird der ehemalige 143-Kilo-Koloss so oder so bleiben. Kleiner Trost: Die verlorenen 50 Kilogramm kann ihm keiner mehr nehmen.



Im Blitzlichtgewitter: Stefan P. mit Zeitschrift vor dem Gesicht beim Betreten des Gerichtssaals. FOTO: AXEL HEIMKEN/DPA

## Streit um Lärmschutz an Belt-Gleisen

**FEHMARN** Um den geplanten Lärmschutz an der Schienenanbindung zum künftigen Fehmarnbelt-Tunnel ist politischer Streit ausgebrochen. Während Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer und die Deutsche Bahn noch vor der parlamentarischen Sommerpause einen Beschluss des Bundestags über die vorgesehenen Sondermaßnahmen im Wert von rund einer halben Milliarde Euro herbeiführen wollen, kritisiert die ostholsteinische Bundestagsabgeordnete und Finanzstaatssekretärin Bettina Hagedorn die Eile. „Mir ist es mehr als schleierhaft, warum das Verkehrsministerium derart großen zeitlichen Druck für die Befassung der Ausschüsse des Bundestags aufbaut, obwohl das Ministerium bislang weder die

Parlamentarier in den beiden federführenden Ausschüssen noch das Finanzministerium in seine Überlegungen eingebunden hat“, sagte die SPD-Politikerin gestern in Berlin nach einem Gespräch mit Ver-

„Mir ist es mehr als schleierhaft, warum das Verkehrsministerium derart großen zeitlichen Druck aufbaut.“

Bettina Hagedorn  
Ostholsteiner SPD-Abgeordnete

tretern des Fehmarnbelt-Projektbeirats, in dem die betroffenen Kommunen und Verbände vereint sind. Zudem werde der Belt-Tunnel ohnehin noch lange nicht gebaut: „Mit einer Fertigstellung ist nicht vor 2030 zu rechnen.“

Nach dem Wunsch des Projektbeirats sollen die Lärmschutzmaßnahmen an der Bahntrasse zum Belt deutlich über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehen. Solche Extra-Investitionen kann aber nur der Bundestag in Ausnahmefällen beschließen – und auch nur an internationalen Bahnstrecken, wie es die Vogelfluglinie nach Dänemark ist. Nur einmal hat das Parlament bisher einen solchen Beschluss gefasst, als es vor drei Jahren für die Rheintalbahn zusätzliche 1,5 Milliarden Euro bewilligte.

Dass CSU-Minister Scheuer und die Bahn nun auch rasch einen Beschluss über die rund 500 Extra-Millionen für die Trasse zum Belt erreichen wollen, hält Hagedorn auch deshalb für fragwürdig, weil

die stark betroffene Stadt Bad Schwartau noch Einwände gegen das Lärmschutzkonzept der Bahn hat. Die Stadt fordert, dass die Bahnstrecke im Ort in einen sieben Meter tiefen Trog verlegt wird. Die Bahn will aber nur einen zweieinhalb Meter tiefen Trog bauen. „Mit dem Fehlen eines akzeptablen Vorschlags für die Lärmschutzprobleme von Bad Schwartau fehlt mindestens noch ein wichtiger Baustein in dem Antrag“, sagte Hagedorn.

Gleichzeitig warnte die Finanzstaatssekretärin vor allzu großen Hoffnungen: Zwar unterstütze sie die Menschen in Bad Schwartau. Doch müsse es „natürlich Kompromisse geben“, sagte Hagedorn: „Nicht alle Forderungen können möglicherweise zu 100 Prozent erfüllt werden.“ *bg*

## Noch eine Anklage in der Freikarten-Affäre

**HAMBURG** In der Affäre um Karten für ein Rolling-Stones-Konzert im September 2017 im Hamburger Stadtpark muss sich die frühere Gesundheitsstaatsrätin Elke Badde (SPD) unter anderem wegen Vorteilsnahme vor Gericht verantworten. Ein Termin beim Amtsgericht Hamburg-Mitte stehe aber noch nicht fest, sagte ein Sprecher.

Die auch wegen Verleitung eines Untergebenen zu einer Straftat angeklagte 59-Jährige war im Oktober 2018 in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Zuvor hatten mehrere Medien berichtet.

Laut Staatsanwaltschaft hatte Badde zwei vom regulären Verkauf ausgenommene

Tribünenkarten einschließlich vergünstigter Gebühren für 357,50 Euro gekauft. Die Karten stammten demnach aus einem Kontingent von 300 Kauf- und 100 Freikarten, die der ehemalige Leiter des Bezirksamts Nord, Harald Rösler (SPD), vom Konzertveranstalter „verlangt“ habe, um sie „Freunden des Hauses“ anzubieten. Das Bezirksamt war für die Genehmigung des Konzerts zuständig.

Laut Medienberichten hat die Staatsanwaltschaft bislang fünf Anklagen erhoben. Die Behörde selbst bestätigte auf Anfrage bislang lediglich vier Anklagen. Insgesamt gebe es 49 Verfahren gegen 52 Beschuldigte, sagte eine Sprecherin. *lno*